

---

**3950/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 14.02.2006**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen  
an den Bundesminister für Finanzen.

Am 8. Februar 2006 wurde im Europäischen Parlament die Studie „Die Europäische Investitionsbank im Süden - in wessen Interesse?“ vorgestellt, die im Auftrag von vier NGOs - CRBM, CEE Bankwatch, Friends of the Earth International und der Organisation WEED erstellt wurde. Darin wird kritisiert, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) unzureichend auf die Entwicklungsaufgabe vorbereitet ist. Die Studie untersucht die Auswirkungen der EIB-Operationen in Afrika, Lateinamerika und Asien aus Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsperspektive. Sie präsentiert acht Fallstudien zu kontroversen EIB-finanzierten Projekten in Sambia, Tschad, Kamerun, Brasilien, Mexiko, den Philippinen, Indonesien und Laos in den Sektoren Bergbau, Öl, Zelluloseindustrie, Wasserprivatisierung und Großstaudämme.

Die Initiative der Europäischen Kommission, gemeinsam mit der EIB einen Sonderfonds für Afrika aufzulegen, soll bereits im Juni die Arbeit aufnehmen. Nach der Bekanntgabe werden die EU-Exekutive und die EIB jedoch noch die europäischen Mitgliedstaaten davon überzeugen müssen, in den Fonds einzuzahlen. Presseberichten war zu entnehmen, dass es in einigen Mitgliedstaaten Bedenken bezüglich des neuen Fonds gibt.

Jaroslava Colajacomo, Autorin der Studien, fasst zusammen: "Unsere Studie zeigt auf, dass die Aktivitäten der EIB im globalen Süden keiner klaren Entwicklungsstrategie folgen. EIB Projekte zielen eher auf die Unterstützung großer Unternehmen in Sektoren wie Rohstoffindustrien oder Wasserprivatisierung, statt sich an Armutsbekämpfung oder Umweltstandards zu orientieren. Wir geben in der Studie Empfehlungen für dringend notwendige Veränderungen in der Institution und für die künftige Rolle der Kommission und des Europäischen Parlaments für die Wahrung von Kontrolle und Kohärenz der Aktivitäten der Bank."

Es gibt aber auch Kritikpunkte darüber hinaus: Jede der in dieser Studie angeführten detaillierten Fälle, zum Beispiel jener über eine 1,25 Milliarden Dollar Investition in eine Brasilianische Zellulosefabrik, steht im Widerspruch zu den Millennium Entwicklungszielen und folgt nicht der europäischen Entwicklungsstrategie. Daraus ergibt sich für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass sie bei der geplanten Ausweitung des Mandats der Bank hin zu einer europäischen Entwicklungsbank die Institution auch mit den nötigen Werkzeugen versehen müssen. Defizite bestehen vor allem hinsichtlich der Ablaufprozesse und des Fachwissens. Die Bank muss erst in die Lage versetzt werden, überhaupt als eine Entwicklungsbank agieren zu können. Die österreichische Ratspräsidentschaft darf sich gegenüber unseren Forderungen nicht verschliessen.

Die EIB ist derzeit eine klientelorientierte Institution, die bereitwillig Projekte finanziert, wenn der wirtschaftliche Ertrag garantiert ist. Die Kommission möchte aus der Bank eine Art "Europäische Weltbank" machen, doch muss die Institution sich dafür erst grundlegend ändern, um auch eine positive Bilanz in Hinsicht auf Armutsbekämpfung und Umweltschutz zu erzielen.

Die Glaubwürdigkeit der EU steht auf dem Spiel, falls die EIB als immerhin größte öffentliche Bank der Welt mit ihrem Kreditgeschäft in Afrika die europäischen Entwicklungsziele und -Strategien unterläuft. Die Kommission und der Rat müssen sich nun verstärkt bemühen, die Entwicklungskohärenz zwischen den verschiedenen europäischen Finanzinstrumenten herzustellen, wie es der Entwicklungsausschuss bereits im letzten Jahr empfohlen hat.

In Indonesien hat die EIB unter anderem in Projekte zur Wasserprivatisierung investiert. Diese Art von Projekten hat nichts zur Verbesserung der Qualität der Dienstleistung beigetragen, sondern den indonesischen Haushalten nur höhere Wasserrechnung gebracht.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

#### **Anfrage:**

1. Welchen inhaltlichen Standpunkt vertreten Sie als Finanzminister bezüglich EIB?
2. Sind Sie der Meinung, dass die EIB auf ihre Aufgabe als Entwicklungsbank genügend vorbereitet ist?
3. Wie begründen Sie ihre Meinung?
4. Wer vertritt die Interessen Österreichs in den Strukturen der EIB bzw. wird das ab Juni 2006 tun?
5. Wie wird eine Vertretung der österreichischen Interessen in der EIB sichergestellt werden?
6. Teilen Sie die Befürchtung der Studie, dass die EIB nicht die Millenniums Development Goals (MDGs) verfolgt?
7. Wie begründen Sie Ihre Meinung?
8. Welche Bedingungen sollten Ihrer Meinung nach erfüllt sein, bevor die EIB im Juni ihre Arbeit als Entwicklungsbank aufnimmt?
9. Wieviel wird Österreich in den Fonds einzahlen?
10. Teilen Sie die Bedenken einiger Mitgliedsstaaten?
11. Warum bzw. warum nicht?
12. Entspricht es österreichischen Interessen, dass die EIB auch künftig vor allem große Unternehmen in Sektoren wie der Rohstoffindustrie der Wasserprivatisierung unterstützt?
13. Wenn ja, wie soll dann Armutsbekämpfung betrieben werden?

14. Wenn ja, wie sollen dann Umweltstandards gefördert werden?
15. Wenn nein, welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die EIB ihren Focus ändert?
16. Soll die EIB Ihrer Meinung nach Armutsbekämpfung betreiben und die Installierung von Umweltstandards forcieren?
17. Wenn nein, warum nicht?
18. Gibt es Ihrer Meinung nach genügend Kontrollmöglichkeiten der EIB durch das Europäische Parlament?
19. Wie ist auf europäischer Ebene Kohärenz der Politiken in Richtung Entwicklung zu gewährleisten?
20. Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nötig, um zu einer stärkeren Kohärenz in Richtung Entwicklungspolitik in den europäischen Institutionen zu kommen?
21. Wie kann Ihrer Meinung nach die Tätigkeit der EIB in Einklang mit den MDGs gebracht werden und welche konkreten Maßnahmen sind dazu notwendig?
22. Welchen Beitrag kann Österreich dazu leisten?
23. Wie kann Ihrer Meinung nach die Tätigkeit der EIB in Einklang mit der europäischen Entwicklungsstrategie gebracht werden und welche konkreten Maßnahmen sind dazu notwendig?
24. Welchen Beitrag kann Österreich dazu leisten?
25. Welche zusätzlichen Werkzeuge für die EIB sind Ihrer Meinung nach notwendig, damit die EIB zu einer Entwicklungsbank werden kann?
26. Wie können diese implementiert werden?
27. Welche weitere Maßnahmen sind zu setzen, damit die EIB zu einer europäischen Entwicklungsbank werden kann?
28. Wollen Sie sich während der österreichischen Ratspräsidentschaft für eine Umformung der EIB in eine Entwicklungsbank einsetzen?
29. Wenn ja, wie und bei welchen Gelegenheiten?
30. Wenn nein, warum nicht?
31. Soll Ihrer Meinung nach die EIB nur Projekte finanzieren, wenn der wirtschaftliche Ertrag garantiert ist?
32. Welches Profil sollte Ihrer Meinung nach eine europäische Entwicklungsbank haben?
33. Nach welchen Kriterien sollen Projekte, die die EIB unterstützt, ausgewählt werden?
34. Sind Sie der Meinung, dass die EIB mit ihren Kreditgeschäften in Afrika die europäischen Entwicklungsziele und -Strategien unterläuft?

35. Wenn nein, warum nicht?
36. Wenn ja, welche Änderungen sind Ihrer Meinung nach nötig?
37. Welche Erwartungen haben Sie an ein künftiges europäisches Finanzinstrument?
38. Sind Sie der Meinung, dass den Empfehlungen des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments in Sachen europäischem Finanzinstrument zu folgen ist?
39. Wenn nein, was sind Ihre Vorschläge dazu?
40. Ab wann kann Ihrer Meinung nach eine europäische Entwicklungsbank, die den Namen auch verdient (das heißt, dementsprechend kohärent zu den europäischen Entwicklungspolitiken ist, die notwendigen Instrumente besitzt und klar das Ziel der Armutsbekämpfung verfolgt) seriös zu arbeiten beginnen?